

Liebe Leserinnen und Leser,

dass sich die EU-Kommission nach langer Zeit endlich wieder mit der industriellen Wettbewerbsfähigkeit befasst, ist auch ein Erfolg unserer CDU/CSU-Gruppe. Schon immer ist dies eines unserer Kernthemen.

Dennoch muss sich Europa mit der aktuellen Debatte auch eingestehen, dass der regulatorische Ansatz des europäischen Green Deals bei der Förderung innovativer grüner Technologien an Grenzen stößt. Insbesondere dann, wenn andere einen anderen Weg wählen, wie nun die Vereinigten Staaten mit ihrem Subventionsprogramm „Inflation Reduction Act“.



Wer den sofortigen Bruch mit fossilen Energieträgern will und gleichzeitig anderswo nach Gas und Öl sucht, betreibt eine Doppelmoral. Ohne angemessene und tragfähige Alternativen forcieren wir geradezu unsere Selbstzerstörung.

Wettbewerbsfähigkeit kann man sich nur bedingt kaufen, und mangelnde Wettbewerbsfähigkeit behebt man primär nicht durch noch mehr Geld, sondern durch die richtigen Rahmenbedingungen oder die Erschließung neuer Märkte.

Hier muss Europa ansetzen! Anstatt ständig neue Entschuldigungen für die Forderung nach neuen Schuldenfonds zu finden. Europa könnte viel mehr machen, wenn es die eigenen Probleme anpackt, anstatt jedes Mal neue Geldtöpfe herbei zu diskutieren.

Welche weiteren Themen mich in den vergangenen Wochen in Europa und in meinem Wahlkreis bewegt haben, lesen Sie in der Februar Ausgabe meines Newsletters.

Mit freundlichen Grüßen,



Mein Europa

Aus für Verbrennungsmotor

Vollbremsung! Das Plenum hat das Trilogergebnis zu verschärften CO₂-Emissionsnormen für PKW sowie leichte Nutzfahrzeuge bestätigt und damit das Verbrenner-Aus besiegelt. Das ist ein ideologischer Irrweg. Sozialdemokraten, Grüne und Linke im Europäischen Parlament bremsen mit der Entscheidung die Prinzipien Technologieoffenheit und Wettbewerbsfähigkeit aus und gefährden den Industriestandort Europa und Deutschland.

Meine [Pressemeldung](#) können Sie hier nachlesen.

Statement CDU/ CSU zum Verbrenner aus

Linke, Grüne und Liberale haben in dieser Plenarwoche das Verbrenner-Verbot besiegelt und so Axt an den Industriestandort Europa gelegt. Damit entscheiden sie sich für einen all-electric-Ansatz und gegen den Wettbewerb der besten Ideen. Das ist innovationsfeindlich und gefährdet hunderttausende Arbeitsplätze. Diese Entscheidung ist ein Schlag gegen den Industriestandort Europa. Denn ohne den Verbrenner werden auch efuels und moderne Biokraftstoffe keine Chance haben. Aus diesem Grund haben wir in dieser Plenarwoche gegen das Verbot von Verbrennungsmotoren gestimmt.

Als CDU/CSU stehen wir fest zum Prinzip der Technologieneutralität. Wir halten eine faire, wissenschaftliche Betrachtung sowie den Wettbewerb um die besten Ideen für den richtigen Weg, um der Herausforderung des Klimawandels zu begegnen. Es ist die Aufgabe der Politik, den Rahmen in Form von ambitionierten CO₂-Reduktionszielen zu setzen und nicht starr eine Technologie wie den Elektromotor vorzuschreiben. Nur so wird die erfolgreiche Transformation hin zu einem grünen und gleichzeitig wettbewerbsfähigen Industriestandort Europa bis 2050 zu schaffen sein. Eine einseitige Wette auf die reine Elektromobilität gefährdet allein in Deutschland über 600.000 Arbeitsplätze, die am Verbrennungsmotor hängen.

Ende letzten Jahres hatten sich Vertreter von Rat, Kommission und Europaparlament auf neue CO₂-Reduktionsziele für PKW und Lieferwagen geeinigt. Diese Einigung sah vor, dass PKW bis 2030 ihre CO₂-Emissionen um 55 Prozent senken müssen, Lieferwagen um 50 Prozent. Bis 2035 gelten für PKW und Transporter Reduktionsziele von 100 Prozent. Damit wurde das Aus des Verbrennungsmotors besiegelt. Die EVP hatte sich in den Verhandlungen für Reduktionsziel von 90 Prozent bis 2035 eingesetzt, um die Technologieoffenheit zu wahren. Dafür gab jedoch keine Mehrheit. Das nun endgültig beschlossene Verbrenner-Aus wird den Industriestandort Europa empfindlich schwächen.

Zum Verbrenner-Aus sagt **Jens Gieseke** (CDU), unser verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Gruppe und Berichterstatter der EVP-Fraktion für das Dossier:

„Das Parlament hat die letzte Ausfahrt verpasst. Das Verbrenner-Verbot ab 2035 kommt. Grüne, Sozialdemokraten und Liberale haben sich mit ihrer gefährlichen und innovationsfeindlichen Linie durchgesetzt.“

Die Technologieoffenheit in Europa kommt dabei unter die Räder. Hunderttausende Jobs in Europa sind nun gefährdet. Die ersten Konsequenzen spüren wir bereits jetzt. Das von

Liberalen, Grünen und Sozialdemokraten immer wiederholte Versprechen, dass genug neue Jobs in der EU entstehen werden, geht nicht auf. Neue Batterieproduktionen entstehen in Kanada und den USA. Und auch ihr Lieblingsargument der Kosteneffizienz von E-Autos zieht aufgrund der hohen Strompreise und auslaufender Kaufprämien nicht mehr.

Die heutige Entscheidung ist ein herber Schlag für den Industriestandort Europa.“

Hintergrund:

Ende letzten Jahres haben sich Vertreter von Rat, Kommission und Europaparlament auf neue CO₂-Reduktionsziele für PKW und Lieferwagen geeinigt. Diese Einigung sieht vor, dass PKW bis 2030 ihre CO₂-Emissionen um 55 Prozent senken müssen, Lieferwagen um 50 Prozent. Bis 2035 gelten für PKW und Transporter Reduktionsziele von 100 Prozent. Damit ist das Aus des Verbrennungsmotors besiegelt. Die EVP hatte sich in den Verhandlungen für ein Reduktionsziel von 90 Prozent bis 2035 eingesetzt, um die Technologieoffenheit zu wahren. Dafür gab es jedoch keine Mehrheit.

Neue CO₂-Emissionsziele für LKW und schwere Nutzfahrzeuge

Zum von der EU-Kommission vorgelegten Vorschlag über neue CO₂-Emissionsziele für LKW und schwere Nutzfahrzeuge erklärt **Jens Gieseke** (CDU), verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Gruppe:

„Die EU-Kommission nimmt endlich von ihrer Verbots-Ideologie Abstand. Der sozialdemokratische Vizepräsident Timmermans hat sich offenbar nicht durchsetzen können. Das ist ein Erfolg für alle, die in den vergangenen Monaten für Technologieoffenheit geworben haben.

Die Einsatzfelder von schweren Nutzfahrzeugen sind so verschieden, dass eine einseitige Wette auf reine Elektromobilität nicht funktionieren kann. Es braucht deshalb den Wettbewerb um die klügsten und effizientesten Lösungen.

Was bleibt ist aber trotzdem ein Vorschlag mit sehr ambitionierten Reduktionszielen, die eine große Herausforderung für die Industrie sind. Die Kommission ignoriert weiter das Potential von synthetischen Kraftstoffen und misst ihnen keine besondere Bedeutung bei. Das ist fahrlässig. Wenigstens beim Thema eTrailer will die EU-Kommission den potentiellen Mehrwert solcher Entwicklungen anerkennen. Das ist ein gutes Signal. Deutsche Unternehmen sind hier besonders aktiv.“

EU-Gelder für Kailigate-NGOs

Der Korruptionsskandal rund um die Sozialdemokraten im Europaparlament zieht weitere Kreise. Mittlerweile stellte sich heraus, dass eine der mutmaßlich am Korruptionsskandal beteiligten Nichtregierungsorganisation (NGO) zwischen 2015 und 2022 fast sechs Millionen Euro EU-Mittel von der EU-Kommission erhalten hat. Auf Initiative von CDU und CSU forderten die Abgeordneten die EU-Kommission im Plenum zur Aufklärung dieses skandalösen Vorgangs auf. Für CDU und CSU steht dabei außer Frage, dass Nichtregierungsorganisation ein ganz wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft sind, die unerlässliche Aufgaben übernehmen. Deshalb ist es umso schlimmer, wenn einige schwarze Schafe die Arbeit und den Ruf von seriösen Organisationen diskreditieren.

In einer hitzigen Plenardebatte wurden die tiefergehenden strukturellen Defizite deutlich. Der Fall Kaili war möglich, da bislang Transparenzvorgaben für NGOs fehlen. Es gibt auch keine Beleg- und Berichterstattungspflichten für Mittel, die Nichtregierungsorganisationen von der EU-Kommission und ihren Agenturen bekommen. Empfangene EU-Mittel sind bislang nicht rückverfolgbar, insbesondere wenn sie aus Drittstaaten kommen. Projektempfänger müssen derzeit nicht, wie bei den EU-Strukturfonds, veröffentlicht werden.

CDU und CSU fordern deshalb mehr Transparenz und dass NGOs ab einem gewissen Schwellenwert ihre Einnahmen offenlegen müssen. Zudem sollten Nichtregierungsorganisationen endlich rechtlich klar definiert werden. NGOs mit unternehmensähnlichen Strukturen sollten zukünftig wie Unternehmen behandelt werden. Diejenigen, die durch extremistische Aktivitäten oder religiösen Fundamentalismus aufgefallen sind, strafrechtlich verurteilt wurden oder EU-Mittel missbraucht oder unterschlagen haben, sollte der Zugang zu den europäischen Institutionen und europäischen Förderprogrammen verweigert werden.

Mehr Transparenz bei Nicht-Regierungsorganisationen

Das Plenum des Europäischen Parlaments hat über die im Korruptionsfall Kaili/Panzeri beschuldigten Nichtregierungsorganisationen und deren Förderung durch EU-Finanzmittel debattiert. Dazu erklären:

Monika Hohlmeier (CSU), Vorsitzende des Haushaltskontrollausschusses des Europaparlaments:

"Nichtregierungsorganisation sind ein ganz wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft, die unerlässliche Aufgaben übernehmen. Deshalb ist es umso schlimmer, wenn einige schwarze Schafe die Arbeit und den Ruf von seriösen Organisationen zu diskreditieren drohen. Der Korruptionsskandal um die ehemalige sozialdemokratische EP-Vizepräsidentin Kaili hat gezeigt, dass NGOs viel zu einfach und unbeobachtet von Drittstaaten oder kriminellen Strukturen als Vehikel für ihre Interessen und kriminellen Unterfangen missbraucht werden können. Daher brauchen wir klare und bessere Regeln bezüglich der Transparenz der Finanzierung und Tätigkeiten von NGOs.

Wir brauchen ein europäisches Äquivalent zum US Foreign Agents Registration Act (FARA). Es muss zukünftig klar erkennbar sein, wenn NGOs Gelder aus Drittstaaten beziehen, um Tarnorganisationen aufzudecken. Finanzielle und nichtfinanzielle Zuflüsse von NGOs müssen offengelegt werden. Um aufzudecken, ob Drittstaaten, kriminelle oder extremistische Organisationen die Quelle ihrer Finanzierung sind, müssen NGOs ab einem gewissen Schwellenwert ihre Einnahmen offenlegen. Es geht dabei nicht um Mitgliedsbeiträge oder Spenden in Höhe von 100 EUR, sondern um die wirklich großen Summen.

Wir brauchen zudem eine klare rechtliche Definition und Kategorisierung von NGOs. NGOs mit unternehmensähnlichen Strukturen müssen folglich wie Unternehmen behandelt werden. NGOs, die durch gewisse Aktivitäten wie Hassreden, Aufstachelung zum Terrorismus, religiösem Fundamentalismus oder Extremismus aufgefallen, strafrechtlich verurteilt wurden oder EU-Mittel missbraucht oder unterschlagen haben, muss der Zugang zu den europäischen Institutionen und europäischen Förderprogrammen verweigert werden."

Markus Pieper (CDU), parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Gruppe:

"Der Korruptionsfall Kaili/Panzeri bringt den guten Ruf der NGOs in Gefahr: Wenn es keine Demokratie innerhalb der Organisation gibt, wenn man nicht weiß, wer die Geldgeber sind,

wenn staatliche Unterstützung nicht transparent ist und wenn NGOs in Parlamente ein- und ausgehen können, ohne registriert zu sein, wirft das ein schlechtes Licht auf alle.

Alle Verträge der EU-Agenturen und Generaldirektionen der Kommission mit NGOs müssen zukünftig öffentlich sein. "No Peace without Justice" hat fast vier Millionen Euro aus dem EU-Haushalt bekommen. Das ist skandalös und erfordert dringend Aufklärung und klare Transparenzvorgaben. Wir müssen schlicht wissen, was NGOs mit Europäischem Geld machen. Bislang müssen Projektempfänger nicht - wie bei den EU-Strukturfonds - veröffentlicht werden. Genauso müssen wir die Geldgeber der NGOs kennen. Welche Interessen stecken hinter den Organisationen? Das muss bei NGOs zukünftig genauso klar werden, wie bei Firmenlobbyisten.

Schließlich brauchen wir im Europäischen Parlament dringend die Benennung von Transparenzbeauftragten: in jedem Ausschussesekretariat, im wissenschaftlichen Dienst, für jede Direktion und für jedes größere Referat muss es einen Transparenzverantwortlichen geben. Die Hofierung einer Organisation wie "Fight Impunity" durch Dienste des Parlaments darf sich nicht wiederholen."

Ein Jahr nach Russlands Invasion und Angriffskrieg gegen die Ukraine

Am 24. Februar jährt sich der Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine zum ersten Mal. Mit einer ausführlichen Plenardebatte gedachten die Abgeordneten in dieser Woche diesem unfassbar traurigen Jubiläum, das unermessliches Leid über Männer, Frauen und Kinder in der Ukraine gebracht hat. Dass mitten in Europa über 70 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges wieder Bomben fallen, mache noch immer wütend und fassungslos, hieß es in der Aussprache. Das Plenum verurteilte einstimmig, dass tausende unschuldige Zivilisten in den vergangenen 365 Tagen durch Putins Schergen ums Leben gekommen sind. Für CDU und CSU ist klar: Wir werden uns niemals damit abfinden und stehen so lange an der Seite der Ukraine, wie es nötig ist, um dem Land zum Sieg zu verhelfen.

Europa müsse die Ukraine weiterhin mit Waffen und anderem Gerät unterstützen, lautete eine Forderung. Schließlich hat das vergangene Jahr gezeigt, dass die mutigen Ukrainerinnen und Ukrainer nicht nur um ihr eigenes Überleben kämpfen, sondern auch den europäischen Lebensstil verteidigen. Verlieren sie diesen Kampf, verliert auch die Freiheit, auf der Europa fußt. Umso wichtiger ist der Kandidatenstatus für das Land. Er macht den Ukrainern in diesen schweren Stunden Mut und gibt ihnen die Hoffnung auf eine Zukunft in Frieden und Freiheit. Das Europaparlament ermunterte die Mitgliedstaaten und die EU-Kommission, auf einen Verhandlungsbeginn hinzuarbeiten, bevor die EU im nächsten Kalenderjahr mit den Europawahlen und den Vorbereitungen auf eine erneuerte Europäische Kommission stärker mit sich selbst beschäftigt sein werde.

Seit dem 24. Februar 2022 dauert der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine mit zunehmender Härte und Zerstörung an. Die genauen Opferzahlen sind unbekannt. 13,7 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer haben nach Angaben des UNHCR seit Februar ihr Land verlassen, 6,4 sind in der Zwischenzeit wieder in die Ukraine zurückgekehrt. Die Nato- und EU-Staaten beschlossen umfangreiche Sanktionen gegen Russland. Die Ukraine erhält humanitäre Hilfslieferungen. Viele Staaten, darunter auch Deutschland, liefern zudem Waffen zur Verteidigung des Landes.

EU-Ukraine-Gipfel

Mit Blick auf den EU-Ukraine-Gipfel erklärt **Michael Gahler** (CDU), außenpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion und Ständiger Berichterstatter des Europäischen Parlaments für die Ukraine:

"Der EU-Ukraine-Gipfel wird die notwendige und entschlossene europäische Unterstützung der Ukraine bekräftigen. Auf den brutalen, unprovokierten und ungerechtfertigten Angriff Russlands auf die Ukraine hat die EU mit der Verleihung des Kandidatenstatus für eine EU-Mitgliedschaft an die Ukraine eine historische Antwort gegeben. Das Gipfeltreffen nahm daher auch die innenpolitische und wirtschaftspolitische Entwicklung der Ukraine in den Blick.

Als Europäisches Parlament ermutigen wir die ukrainische Regierung und die politische Elite, die Annäherung an die EU mit Entschlossenheit weiterzuverfolgen. Das derzeit geltende Assoziierungsabkommen sieht vor, dass der sektorale Zugang zu EU-Programmen oder zum Binnenmarkt gewährt werden kann, sobald die Ukraine die EU-Standards in einem bestimmten Politikbereich erreicht hat. Daher fordern wir auch, dass sich das Wiederaufbauprogramm und die Hilfe internationaler Geber an den EU-Kriterien orientieren. Die Leistungen und Fortschritte der Ukraine unter den derzeit schwierigsten Umständen sind zwar bemerkenswert, aber wir müssen dennoch einige Warnungen aussprechen. Weder die Kriegssituation noch die zu erwartende massive internationale Finanzhilfe sollten zur Errichtung einer zentralistischen Machtvertikale oder zur Wiederbelebung von Korruptionsmechanismen führen. Eine gut funktionierende Kommunalverwaltung, die wichtigste Errungenschaft der ukrainischen Dezentralisierungsreform, ist von entscheidender Bedeutung für einen Wiederaufbau, der der gesamten Gesellschaft zugutekommt. Außerdem müssen wirksame Maßnahmen zum Schutz der Umwelt ergriffen werden.

Die Ukraine wünscht den baldigen Beginn von Beitrittsverhandlungen. Als Europäisches Parlament ermuntern wir Rat und Kommission, auf einen Verhandlungsbeginn hinzuwirken, bevor die EU im nächsten Kalenderjahr mit den Europawahlen und den Vorbereitungen auf eine erneuerte Europäische Kommission stärker mit sich selbst beschäftigt sein wird."

Europäische Migrationspolitik verbessern - nach innen und außen

Zur Migrationsdebatte im Plenum sowie im Hinblick auf den Sonder-EU-Gipfel erklärt die innenpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Gruppe, **Lena Düpont** (CDU):

„Es ist höchste Zeit die jahrelange Blockade der europäischen Migrationspolitik aufzulösen. Die Kommunen haben zuletzt wiederholt darauf hingewiesen, dass sie am Limit sind. Aufnahmekapazitäten und Versorgung für illegale Migranten werden immer knapper. Umso wichtiger ist es, dass wir den Schlepperbanden das Handwerk legen. Hier muss Europa dringend tätig werden.“

Die EU muss an den Außengrenzen Recht und Ordnung durchsetzen. Es kann nicht sein, dass die Schleppermafia darüber entscheidet, wer nach Europa kommt. Diese Entscheidung muss bei den Mitgliedstaaten liegen. Deshalb dürfen Zäune als letztes Mittel kein Tabu mehr sein, um illegale Migration zu verhindern. Die EU-Kommission sollte sich nicht länger gegen die Bereitstellung von EU-Mitteln dafür sperren. Ansonsten droht die Gefahr

von Grenzsicherungen, worüber manche Innenminister bereits realistisch nachdenken. Das müssen wir in einem freien Europa unbedingt verhindern.

Es steht außer Frage - das Asylrecht gilt. Dennoch muss es möglich sein, bereits an der EU-Außengrenze Migranten auf Sicherheit, Gesundheit und Fingerabdrücke zu überprüfen. Daran anschließen müssen sich dann effiziente Verfahren zur Asyl-Prüfung. Wir setzen darauf, dass der anstehende Sonder-Gipfel Lösungen erarbeiten wird, die Europa voranbringen. Das gilt auch für die bislang ungleiche Verteilung der Migranten. Wenn Länder keine Flüchtlinge aufnehmen wollen, dann müssen sie mehr für Entwicklungshilfe oder Außengrenzschutz leisten. Wir dürfen den Süden Europas damit nicht allein lassen. Wir brauchen einen robusten Schutz der EU-Außengrenzen und müssen denen Schutz bieten, die vor Krieg und Verfolgung fliehen.“

Industrieplan und Wettbewerbsfähigkeit

Nachdem in den vergangenen Jahren Klimawandel, Covid-19-Pandemie und der Ukraine-Krieg die Debatte in Europa maßgeblich bestimmt haben, ist zuletzt wieder ein Thema in den Vordergrund gerückt, das von EU-Kommission und EU-Mitgliedstaaten viel zu lange vernachlässigt wurde: die industrielle Wettbewerbsfähigkeit Europas. Insbesondere aufgrund des amerikanischen „Inflation Reduction Act“, eines umfangreichen Subventionsprogramms welches die US-Wirtschaft stärken soll, hat die EU-Kommission inzwischen den sogenannten „Green Deal Industrial Plan“ vorgelegt. Dabei handelt es sich um eine Strategie, wie Europa in Zeiten des Klimawandels und der damit einhergehenden industriellen Transformation wettbewerbsfähig bleiben soll. Diese Woche debattierte das Europaparlament dazu und verabschiedete eine Entschließung, allerdings ohne Stimmen von CDU und CSU.

Denn leider verfehlte der von den Ampel-Fraktion und linken Verbündeten unterstützte Entschließungs-Text die wirklichen Bedürfnisse der europäischen Industrie. Unsere industrielle Wettbewerbsfähigkeit wird nur dann gestärkt, wenn wir die richtigen Rahmenbedingungen für den Transformationsprozess der europäischen Wirtschaft in Richtung CO₂-Neutralität schaffen. Regulierung alleine reicht nicht aus, sonst ist Deindustrialisierung das Ergebnis. Wir wollen einfach nicht, dass Europa nach und nach zu einem post-industriellen Freilichtmuseum wird, da sich Produktion hier nicht mehr lohnt.

Die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie, die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen und die Erleichterung des Handels gehören als CDU und CSU zu unserer politischen DNA. Genau deshalb konnten wir die Kompromissentschließung der Ampel-Fraktionen nicht unterstützen. Die Parlamentsresolution hat keine rechtliche Bindung.

Wasserstoffmarkt ankurbeln

Der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie hat über die Gesetzgebungsvorschläge des Gasmärkte- und Wasserstoffpakets abgestimmt. Dazu erklärt Christian Ehler (CDU), industrie- und energiewirtschaftlicher Sprecher der EVP-Fraktion:

„Um die EU-Klimaziele zu erreichen und unsere produzierende Wirtschaft zu dekarbonisieren, muss unser Energiesystem ganz massiv umgebaut werden. Das Gasmärkte- und Wasserstoffpaket ist ein ganz entscheidendes Puzzelstück für die gesamte Fit For 55 Gesetzgebung und das EU-Instrument zur Dekarbonisierung im Gassektor.“

Diese wird, insbesondere für die Industrie, nur mit Wasserstoff und der entsprechenden Infrastruktur funktionieren. Es ist nun von größter Bedeutung, den Wasserstoffmarkt anzukurbeln, indem die Wasserstoffproduktion schneller und unbürokratischer gestaltet wird und dringend ein Plan zur Schaffung eines Europäischen Wasserstoff-Backbone (EHB) entwickelt wird. Der europäische Wasserstoff-Backbone bietet die Möglichkeit, die europäische Industriewirtschaft wiederzubeleben und gleichzeitig die Widerstandsfähigkeit des Energiesystems, eine größere Energieunabhängigkeit und die Versorgungssicherheit in ganz Europa zu gewährleisten. Mit den heutigen Abstimmungen wurden nun seitens unseres Ausschusses zentrale Weichen gestellt. In sehr vielen Punkten enthalten die beiden abgestimmten Dossiers eine deutliche Verbesserung gegenüber dem Kommissionsvorschlag. Das gilt insbesondere für die Entflechtungsregeln in der Richtlinie. Alle Entflechtungsmodelle, die wir vom heutigen Gas- und Strommarkt kennen, sollen zeitlich unbegrenzt zur Verfügung stehen. Dies wird Anreize für die Umnutzung bestehender Pipelines zu Wasserstoffpipelines schaffen, da die Netzbetreiber von ihren Investitionen in die Wasserstoffinfrastruktur profitieren werden. Nach dem Vorschlag der Kommission müssten diese ihre Wasserstoffinfrastruktur im Jahr 2030 verkaufen, was sie unweigerlich davon abgehalten hätte, in die Wasserstoffinfrastruktur zu investieren und sich folglich negativ auf die Entwicklung eines Wasserstoff-Backbones auswirken würde.

Wir haben festgelegt, wie erneuerbare und kohlenstoffarme Gase leichter in das bestehende Gasnetz eingespeist werden können und wie der Aufbau einer speziellen Wasserstoffinfrastruktur und eines eigenen Wasserstoffmarktes ermöglicht werden soll. Das Wasserstoffnetz der Zukunft wird sich aus dem Gasnetz der Gegenwart entwickeln. Die beschlossenen Rahmenbedingungen werden helfen, das Wasserstoffnetz mit der erforderlichen Geschwindigkeit und dem erforderlichen Know-how einzurichten."

Überfällig: Fristverlängerung für die Re-Zertifizierung von Medizinprodukten

Das Plenum stimmt über dringend erwartete Änderungen der Medizinprodukteverordnung ab. Hierzu erklärt Angelika Niebler (CSU), Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe und Vorsitzende der CSU-Europagruppe:

„Unser monatelanger Druck zahlt sich aus. Endlich geht die EU-Kommission das Problem an, dass zahlreiche Medizinprodukte bald nicht mehr in der Europäischen Union verfügbar sein könnten. Die heute im Plenum beschlossene Fristverlängerung für die Re-Zertifizierung von Medizinprodukten sowie die längere Gültigkeit bereits vergebener Zertifikate sind ein erster wichtiger Schritt, um Leben zu retten. Es darf nicht sein, dass ausgerechnet in Europa wesentliche Medizinprodukte fehlen und Patientinnen und Patienten nicht versorgt werden können.

Im Europäischen Parlament haben wir den Vorschlag der Kommission in Rekordzeit durchberaten, damit die leeren Schränke in den Krankenhäusern zügig wieder befüllt werden können. Trotzdem bleibt noch viel zu tun. Der Zertifizierungsprozess muss dringend einfacher gestaltet werden. Nur dann wird Europa als Innovationsstandort attraktiv für Medizinproduktehersteller bleiben. Es wäre fatal, an einem bürokratischen Zertifizierungssystem festzuhalten, das dazu führt, dass Hersteller ihre Medizinprodukte bei der FDA in U.S.A. anmelden, während uns in der EU diese Produkte dann fehlen.

Zweitens brauchen wir schnell konkrete Maßnahmen für Nischenprodukte. Deshalb fordere ich, dass die Kommission die Überprüfung der Medizinprodukteverordnung gemeinsam mit

einem legislativen Änderungsvorschlag bereits im Jahr 2024 vorlegt. Wir müssen jeden einzelnen Artikel der Verordnung auf den Prüfstand stellen. Es geht darum, Leben zu retten.“

Gemeinsame europäische Beschaffung von Verteidigungsgütern

Die zuständigen Fachausschüsse des Europäischen Parlaments haben erstmalig den Verordnungsentwurf zur Förderung der gemeinsamen Beschaffung von Verteidigungsgütern der EU-Mitgliedstaaten ("EDIRPA-Verordnung") beraten. Dazu erklärt **Michael Gahler** (CDU), Co-Berichtersteller des Europäischen Parlaments und außenpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

"Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine konfrontiert uns nicht nur mit Bildern unermesslichen Leids, sondern hat uns ebenfalls den desolaten Zustand der europäischen Verteidigung vor Augen geführt. Nach dreißig Jahren der Unterfinanzierung werden die Bestände der europäischen Streitkräfte durch die - absolut notwendige - Unterstützung der Ukraine zusätzlich ausgedünnt. Mit der sogenannten EDIRPA-Verordnung sollen vor allem die neuen Bestandslücken durch die Stärkung unserer industriellen Basis im Rahmen der gemeinsamen Beschaffung der Mitgliedsstaaten geschlossen werden, um die europäische Verteidigungsfähigkeit zu stärken und Russland von weiterer Aggression abzuschrecken. Mit der EDIRPA-Verordnung macht die EU einen historischen Schritt vorwärts in Richtung einer Europäischen Verteidigungsunion, in der erstmals die Beschaffung von Verteidigungsgütern durch europäische Gelder gefördert wird.

Leider bleibt der Kommissionsvorschlag mit einem vorgesehenen Finanzvolumen von 500 Millionen Euro deutlich hinter dem Bedarf zurück. Obwohl sich die EU-Mitgliedstaaten dem Ziel von 35% gemeinsamer Verteidigungsinvestitionen verschrieben haben, erreichten sie 2021 gerade einmal 18%. Aus diesem Grund fordern wir eine Aufstockung des Budgets auf 1,5 Milliarden Euro. Ebenso ist es notwendig, dass die Staaten der EU-Ostflanke, die nicht nur das erste Ziel möglicher weiterer russischer Aggressionen wären, sondern auch die Ukraine mit militärischem Gerät umfangreich unterstützt haben, zusätzliche finanzielle Unterstützung aus dem EDIRPA-Budget erhalten. Schließlich gilt es EDIRPA auch zu nutzen, um dem russischen Angriff auf die Ukraine entgegenzutreten sowie die Republik Moldau in ihrer Verteidigungsfähigkeit zu stärken, weshalb wir für eine Teilhabe dieser beiden EU-Beitrittskandidaten eintreten.

Nun kommt es darauf an, dass wir im Europäischen Parlament unsere Position schnellstmöglich festlegen und zügig die Verhandlungen mit den Mitgliedsstaaten beginnen. Denn angesichts dessen, dass sich der russische Angriffskrieg jährt, können wir uns weiteren Zeitverzug nicht leisten."

EU Data Act: Industrie- und Maschinendaten sicher teilen

Der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie des Europaparlaments hat sich zum sogenannten "EU Data Act" positioniert. Dazu erklären:

Angelika Niebler (CSU), Vorsitzende der CSU-Europagruppe und Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe:

"Wir müssen Datenteilen in der EU erleichtern. Mit dem Data Act wird es für KMUs und Start-ups künftig einfacher, auf Industrie- und Maschinendaten zuzugreifen. Dies erleichtert Innovationen und die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle. Gleichzeitig müssen Geschäftsgeheimnisse weiterhin gewahrt werden können. Die Herausforderung beim Data Act besteht daher vor allem darin, eine Balance zwischen den unterschiedlichen Interessen von Datennutzern sowie Dateninhabern zu finden. Denn die Teilnahme an der Datenwirtschaft muss für alle beteiligten Akteure technisch machbar, rechtlich sicher und finanziell attraktiv sein.

Daher ist es begrüßenswert, dass der gefundene Kompromiss Dateninhabern, Nutzern und Drittparteien mehr Klarheit über ihre Rechte und Pflichten gibt. Wichtig war zudem, besser abzugrenzen, welche Produktdaten geteilt werden müssen. So sollen beispielsweise Daten von Prototypen nicht geteilt werden müssen. Richtig ist auch, dass die Kommission in ihrer Review nun bewerten muss, ob es wirtschaftlich attraktiv ist, hochwertige und innovative Datensätze zu erheben. Bei den Vorschriften zum Schutz der Geschäftsgeheimnisse hätte ich mir noch mehr Rechtssicherheit für Unternehmen gewünscht. Es wird zwar klargestellt, dass der Inhaber von Geschäftsgeheimnissen die gemeinsame Nutzung von diesen Daten bei einer Verletzung der Schutzmaßnahmen, wie beispielsweise Vertraulichkeitsvereinbarungen, suspendieren kann. Besser wäre es aber, wenn der Inhaber der Geschäftsgeheimnisse die gemeinsame Nutzung von solchen Daten bei Nichteinhaltung dieser Maßnahmen auch im Vorfeld verweigern könnte. Hier gilt es im weiteren Verlauf nachzubessern."

Christian Ehler (CDU), industriepolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

"Durch die Digitalisierung und den daraus entstehenden neuen Geschäftsmodelle für die Europäische Industrie tun sich neue Möglichkeiten und Chancen zum Wachstum auf. Wir als EVP sehen dies als ein ganz wichtiges zweites Bein für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit und neue Innovation in Europa. Der Data Act wird ein Gamechanger für die Industrie und der zentrale Baustein für eine florierende Datenwirtschaft. Durch einheitliche, klare Regeln in Europa können bestehende Geschäftsmodelle optimiert und neue ermöglicht werden.

Es ist gut, dass wir eine stärkere Koordinierung zwischen den Behörden erreichen konnten. Während der COVID-19-Pandemie haben aggregierte und anonymisierte Standortdaten aus Mobilfunknetzen wesentlich zur Analyse der Ausbreitung des Virus beigetragen. Der Data Act führt eine Verpflichtung zur Weitergabe von Daten an Behörden in solchen außergewöhnlichen Umständen ein, mit den erforderlichen Garantien für Transparenz und Haftung. Das dies nun klar geregelt wird, ist positiv. Gleichzeitig konnten wir als EVP verhindern, dass fast anlasslos sowohl personenbezogene, als auch Industriedaten aus rechtlich schwammig formulierten Gründen von Behörden angefordert werden können. Hier steht für uns der Schutz des Eigentums und der Integrität der Daten im Vordergrund."

Europäische digitale Identität: Gute Idee, aber bitte freiwillig!

Der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie hat sich zur Verordnung im Hinblick auf die Schaffung eines Rahmens für eine europäische digitale Identität positioniert. Dazu erklärt **Angelika Niebler** (CSU), Vorsitzende der CSU-Europagruppe und Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe:

„Die europäische digitale Identität wird beispielsweise den Beginn eines Studiums im EU-Ausland erleichtern. Dass Studierende aus Deutschland sich künftig mit ihrer e-ID online in einer italienischen Universität einschreiben sowie Dokumente rechtssicher signieren können, ist ein großer Erfolg. Trotz aller Chancen der Digitalisierung muss aber auch Rücksicht auf ältere Menschen genommen werden. Daher halte ich es für richtig, dass Bürgerinnen und Bürger den europäischen digitalen Identitätsausweis freiwillig nutzen können und er keine Pflicht ist.“

Hintergrund:

Künftig sollen EU-Bürgerinnen und Bürger sich mit einem europaweit gültigen digitalen Identitätsausweis für elektronische Transaktionen ausweisen können. Mit der sicheren e-ID können Bürgerinnen und Bürger online Rechtsdokumente signieren, ein Bankkonto eröffnen oder sich digital an einer Universität einschreiben. Die Ausweisdokumente sollen dabei in einer europäischen digitalen Brieftasche auf dem Smartphone gespeichert sein. Die neue Verordnung sieht vor, dass die europäische digitale Brieftasche über modernste Sicherheitsfunktionen, wie Ende-zu-Ende-Verschlüsselung verfügen und kostenlos sein soll. Die Nutzung der neuen e-Brieftasche und des digitalen europäischen Identitätsausweises soll für Bürgerinnen und Bürger freiwillig sein. Analoge Ausweise werden weiterhin anerkannt. Auf Basis des heutigen Votums werden die Unterhändler des Europäischen Parlaments und der Mitgliedstaaten über den endgültigen Gesetzestext im sog. Trilog verhandeln.

PFAS-Chemikalien: Verbotsvorschlag geht zu weit

Deutschland, die Niederlande, Dänemark, Norwegen und Schweden haben bei der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) einen Vorschlag für ein Verbot der Herstellung, der Verwendung und des Inverkehrbringens (einschließlich der Einfuhr) von mindestens 10.000 Per- und Polyfluoralkylsubstanzen (PFAS) eingereicht, welcher veröffentlicht wurde. Dazu erklären:

Christian Doleschal (CSU), Mitglied des Umweltausschusses im Europäischen Parlament:
„Das von der deutschen Bundesregierung forcierte Verbot von über 10.000 sogenannter PFAS-Chemikalien in der EU geht deutlich zu weit. Nicht nur geht es über die ursprünglichen Pläne der EU-Chemikalienagentur deutlich hinaus, PFAS-Chemikalien bilden die Basis vieler Wertschöpfungsketten. Sie sind wichtige Grundlage für Innovationen in zahlreichen Branchen. Ein radikales Verbot, so wie es die Bundesregierung nun fordert, würde unseren Chemikalienstandort Europa und Deutschland nachhaltig schaden und unsere wirtschaftlichen Abhängigkeiten von Asien weiter erhöhen. Unternehmen wären gezwungen, innerhalb kürzester Zeit, Alternativen für über 10.000 PFAS-Chemikalien zu finden. Ein schwieriges Unterfangen, da es für einige Produkte wie zum Beispiel Feuerschutzkleidung keinerlei Alternativen auf dem Markt gibt.“

Angelika Niebler (CSU), Vorsitzende der CSU-Europagruppe, Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe und Mitglied des Industrieausschusses im Europäischen Parlament:
„Chemische Substanzen wie beispielsweise Fluorpolymere sind derzeit unverzichtbar, um Chips, Batterien oder Windräder herzustellen. Wenn wir den Green Deal umsetzen wollen, müssen wir die heimische Produktion von PFAS sichern. Es macht doch keinen Sinn, einerseits mehr europäische Souveränität einzufordern, andererseits aber sich immer stärker vom Import von PFAS-Chemikalien aus Drittstaaten abhängig zu machen. Wir müssen die Abwanderung und Schließung von europäischen Unternehmen und Produktionsstätten, in

denen PFAS hergestellt werden, verhindern. Wir müssen die Arbeitsplätze in Europa halten.“

Kritische Rohstoffe: Das große Bedürfnis des Elektronikzeitalters

In dieser Sitzungswoche hat das Europäische Parlament mit der Europäischen Kommission und Vertretern des Europäischen Rats über das künftige Vorgehen bei kritischen Rohstoffen diskutiert. Ich plädiere bei diesem Thema für mehr Unabhängigkeit von Drittstaaten und für einen nachhaltigen Abbau im In- und Ausland aus. Bei der Diskussion um kritische Rohstoffe geht es um nicht mehr oder weniger als um den Wirtschaftsstandort Europa!

Meine ausführliche Pressemeldung dazu lesen Sie [hier](#).

EU-Chips Act: Versorgungslücken vorbeugen

Der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie des Europaparlaments hat seine Position zum EU-Chips Act angenommen. Dazu erklärt **Christian Ehler** (CDU), Industrie- und forschungspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

"Ohne Mikrochips geht in unserer modernen, vernetzten Welt nichts. Es ist inzwischen politischer Konsens, dass Europa bei Mikrochips unabhängiger und innovativer werden muss. Die heute verabschiedete Positionierung ist ein wichtiger Schritt hin zu mehr europäischer Eigenständigkeit. Die EVP-Fraktion hat diesen Text maßgeblich geprägt. Dank unserer Änderungen wird der EU Chips Act potentiellen Versorgungslücken besser vorbeugen, vermeidet unnötige Bürokratie und bietet mehr Unterstützung für kleine und mittelgroße Unternehmen.

Trotzdem liegt über dem Vorhaben Chips Act weiterhin ein gewisser Schatten, denn unsere Mittel entsprechen unseren Ambitionen bislang nicht. Viel Geld soll aus bestehenden Förderprogrammen wie Horizon Europe umgewidmet werden. Folglich fehlt es dann dort. Deshalb ist es richtig, dass der Industrieausschuss neue, eigene Finanzmittel fordert, die der strategischen Bedeutung des europäischen Chips-Sektors Rechnung tragen. Auch unsere Partner und Wettbewerber investieren stark in ihre Halbleiterfertigung, Forschung und Entwicklung. Die Finanzierung des Chips Act muss die Ernsthaftigkeit dieser globalen Herausforderung widerspiegeln. Niemand verlangt die Summen, die die Vereinigten Staaten investieren, aber wollen wir im globalen Wettbewerb bestehen, müssen gerade die Mitgliedstaaten Geld in die Hand nehmen. Nur Umwidmungen aus bestehenden EU-Programmen sind keine dauerhafte Lösung."

Wolf: Lemke ignoriert Gefahr für Weidetierhaltung

In einem Brief forderten diese Woche zwölf europäische Umweltminister die Europäische Kommission auf, den Wolf weiterhin unter besonderen Schutz zu stellen, trotz stetig steigender Population und Risszahlen. Unter Ihnen auch die deutsche Umweltministerin, Steffi Lemke. Damit stellen sie sich gegen eine Entschließung des Europäischen Parlaments, die die EU-Kommission im November 2022 zu einer Neubewertung aufgefordert hatte. Dazu erklären:

Norbert Lins (CDU), Vorsitzender des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung des Europäischen Parlaments:

„Der Brief der Umweltminister ist ein Angriff auf den ländlichen Raum. Die Mehrheitsentscheidung des Europäischen Parlaments hat gezeigt, dass Europa nicht an den veralteten Regeln festhalten will, sondern der Schutz und die Sicherheit der Menschen und Nutztiere im ländlichen Raum für uns Priorität hat. Während die Kommissionspräsidentin uns bei dem Vorhaben unterstützt und die Datenlage neu prüft, zeigt die Umweltministerin Lemke weiterhin Ignoranz gegenüber den bereits bestehenden Möglichkeiten.“

Peter Liese (CDU), umweltpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

„Ich bin geschockt von diesem Brief und insbesondere davon, dass die deutsche Ministerin Steffi Lemke ihn unterschrieben hat. Man kann die Probleme, die der Wolf mit sich bringt, nicht ignorieren. Auch viele Grüne, auch viele Biobauern unterstützen ein strengeres Wolfsmanagement, weil die Weidetierhaltung in Gefahr ist und auch dadurch die Biodiversität sehr gefährdet wird.“

Meine Statements zum Wolf finden Sie hier

- ["Der Fortbestand der europäischen Weidehalter steht auf dem Spiel!"](#)

- [Der Wolf ist nicht der heilige Gral Europas!](#)

Gesetz zur Wiederherstellung der Natur: Bewährte Regeln durchsetzen statt neue schaffen

Vogelschutz-, Flora-Fauna-Habitat- oder die Wasserrahmenrichtlinien sind nur einige europäische Vorgaben zum Schutz von Umwelt und Natur. Wir sollten erst einmal diese bewährten umweltfreundlichen Verfahren in allen Mitgliedstaaten umfänglich durchsetzen und stärken, bevor wir mit dem nächsten Gesetzesvorhaben blindlings um die Ecke kommen.

Ich warne dringend davor, das geplante Gesetz zur Wiederherstellung der Natur stur zu verschärfen und dabei die Menschen vor Ort und die Ernährungssicherheit in Europa auszublenden bzw. schlichtweg zu vergessen. Die Hauptlast des neuen Gesetzes wird wieder unsere Landwirtinnen und Landwirte treffen: ideologisch, bürokratisch und existentiell.

Meine komplette Pressemeldung dazu können Sie [hier](#) nachlesen.

Neuer Deal für Bestäuber: Bienen und Bauern schützen!

Mit der Europäischen Bürgerinitiative „Bienen und Bauern retten“ fordern Bürgerinnen und Bürger ein entschlossenes Handeln gegen den Verlust von Bestäubern - zurecht! Dennoch sprechen die Überschriften der EU-Kommission vor und nach der Anhörung im EU-Parlament Bände. Sie sind einseitig und entlarvend zugleich, weil der Bauer darin gar nicht vorkommt! In der Anhörung gab es mehr Vorwürfe und kaum sinnvolle Vorschläge dafür, wie man tatsächlich „Bienen und Bauern“ retten soll. Es wurde komplett übersehen, dass es ohne Bauern keine Ernährungssicherheit und auch keine Vielfalt gibt.

Lesen Sie hier [mehr](#).

Mehr Klarheit und Wahrheit bei der Honigkennzeichnung

Ich begrüße die Forderungen der EU-Agrarministerinnen und -minister, den europäischen Rechtsrahmen zur Kennzeichnung von Honigmischungen zu überarbeiten. Die Konsumenten sollen mehr Transparenz beim Kauf von Honig erhalten.

Mein ausführliches Statement lesen Sie [hier](#).

Maßnahmenkatalog für die Verfügbarkeit von Düngemitteln

Das Europäische Parlament hat über die Verfügbarkeit von Düngemitteln in der EU diskutiert und stimmt über eine Liste von vorgeschlagenen Maßnahmen ab. Hierzu erklärt **Norbert Lins** (CDU), Vorsitzender des Agrarausschusses:

„Die Verfügbarkeit aller Arten von Düngemitteln und die Düngemittelproduktion sind für die Versorgung der EU-Bürger mit Lebensmitteln und für die globale Ernährungssicherheit von entscheidender Bedeutung. Wenn unsere Landwirte über ausreichend Düngemittel verfügen, wird sich das auch positiv auf die Lebensmittelpreise auswirken. Wir brauchen jetzt dringend weitere Maßnahmen, um die Düngerpreise zu senken. Die Vorschläge der Kommission vom vergangenen November reichen bei weitem nicht aus.

Wir fordern kurz- und langfristige Lösungen. Wir wollen, dass der Ersatz von Mineraldünger durch Nährstoffe aus organischen Quellen und die vorübergehende Aufhebung von Anti-dumpingmaßnahmen für ausländische Einfuhren zum Instrumentarium gehören. Zudem brauchen wir besser funktionierende, transparente Düngermärkte. Auch die finanzielle Unterstützung der Landwirte, die unter den gestiegenen Kosten leiden, muss verstärkt werden.

Zudem sollte sich die Kommission nicht scheuen, die Nitratrichtlinie nochmals genauer in Augenschein zu nehmen. Es gibt Gunstlagen in Europa, welche mehr als die aktuell geltenden 170 Kilogramm Stickstoff pro Hektar aufnehmen können. Diese Ausnahmen dazu gab es früher schon mal. Um diese Gunstlagen optimal zu nutzen, muss die Kommission Ausnahmen für organische Dünger punktuell und standortabhängig wieder in Betracht ziehen, also die regionale Flexibilität im Rahmen der Nitratrichtlinie ausweiten.“

Veranstaltung zur Ernährungssicherheit

Ernährungssicherheit in Europa und weltweit ist eines der Top-Themen unserer Zeit. Ich bin daher dankbar, dass auch die Hanns-Seidel-Stiftung das Thema aufgreift und Anfang Februar zu einer hochkarätig besetzten Diskussionsveranstaltung in Brüssel eingeladen hat. Thema der Runde: „Die Europäische Agrarpolitik und ihr Beitrag zur Ernährungssicherheit - Braucht es einen Kurswechsel?“ Meine Antwort: Ja, den brauchen wir!



Mein Mittelfranken

Veranstaltung in Offenhausen: Holz als Energieträger

Das Interesse an der Veranstaltung der Forstbetriebsgemeinschaft Nürnberger Land "Holz als Energieträger - ein politisches Spannungsfeld" war überwältigend. Der Saal in Offenhausen war bis zum letzten Platz gefüllt. Viele Interessierte mussten sogar wieder heimfahren.

Dafür haben wir uns in der Diskussionsrunde stark gemacht:

- Holz ist der bedeutendste nachwachsende Rohstoff!
- Holzbiomasse ist ein sicherer, regionaler und klimaneutraler Energieträger - und soll das auch in Zukunft bleiben!
- Waldholz aus nachhaltiger Bewirtschaftung muss auch künftig zur Energieerzeugung verwendet werden dürfen!
- Die effektive Bindung von CO₂ und der Schutz der Wälder gelingt nur mit einem bewirtschafteten Wald.



Die Kollegen von SPD, FDP und Grüne mussten viele Hausaufgaben mitnehmen, damit sie ihre Kollegen in Berlin und Brüssel überzeugen, mit den Waldbauern zu arbeiten und nicht gegen sie!

Vielen Dank an die Forstbetriebsgemeinschaft für einen inhaltlich starken Abend, der den Forstwirten hoffentlich bei der Orientierung geholfen hat.

Flächenverbrauch in Bayern effektiv eindämmen

Es ist toll, dass unser Land so attraktiv ist, dass immer mehr Menschen nach Bayern ziehen; oder dass die Energiewende vor allem in den ländlichen Räumen stattfindet. Das alles aber



braucht immer mehr Fläche. Diese Fläche ist leider nicht vermehrbar. Die verbrauchte Siedlungs- und Verkehrsfläche nimmt täglich um mehr als elf Hektar zu und damit potentielle landwirtschaftliche Fläche ab.

Umso wichtiger ist es heute und morgen intelligente und nachhaltige Maßnahmen zu finden, um möglichst flächensparende Wege zu gehen. Das ist im Sinne unserer Umwelt, unseres Klimas und auch unserer Landwirtschaft. Deshalb begrüße ich die Herangehensweise des Präsidenten des Bayerischen Bauernverbandes, Günther Felßner, ausdrücklich. Gemeinsam mit

dem Vorstand der CSU-Arbeitsgemeinschaft Ernährung, Landwirtschaft, Forsten habe ich mich kürzlich darüber und über weitere aktuelle agrarpolitische Themen mit Günther Felßner in Lauf ausgetauscht.“

Hintergrund:

Der bayerische Bauernverband will den Flächenverbrauch noch weiter begrenzt wissen. Präsident Felßner plädiert auch dafür die Ausgleichflächen, die bei Baumaßnahmen ausgewiesen werden, aus dem Baugesetz zu streichen.

Direktvermarktung im Nürnberger Land stärken



Am Landkreisstand des Nürnberger Lands auf der Grünen Woche in Berlin habe ich mich mit Verbandsvertreterinnen und dem Leiter der Kreisentwicklung getroffen, um Ansätze zu entwickeln, wie die Direktvermarktung im Nürnberger Land vorangebracht werden kann.

Lesen Sie hier [mehr](#).

Wo das Herz eines Dorfes pulsiert!



Wer Schönberg besucht, sollte unbedingt einen Stopp im örtlichen Dorfladen einlegen. Der Dorfladen ist das lebendig-pulsierende Herz des wunderbaren Örtchens bei Lauf a.P. Passend dazu das Motto des Dorfladens: Einkaufen - ratschen - Pause machen.

Lesen Sie hier [mehr!](#)

Kostenlose Meisterfortbildung in Bayern

Mit deutschlandweit kostenfreien Meisterfortbildungen können wir jungen Menschen, egal ob hier geboren oder zuziehend, zeigen: bei uns erhaltet ihr eine echte Chance, wenn ihr euch in der Ausbildung reinhängt. Dieses Versprechen könnte helfen, die Versorgung mit Fachkräften und die Integration von Zuziehenden gleichermaßen zu verbessern.

Lesen Sie mehr dazu [hier](#).

Agrarpolitik Bayern, Berlin, Brüssel -Agrarseminar Hanns-Seidel-Stiftung

Unter dem Titel „Landwirtschaft - Beständigkeit im Wandel der Zeit“ haben mein Vorgänger im EU-Parlament, Albert Dess und Bezirksrätin Heidi Rackl ein inhaltlich starkes Agrarseminar auf die Beine gestellt. Als Referenten waren ebenso meine beiden Agrarpolitiker-Kollegen aus Bund und Land, Artur Auernhammer MdB und Martin Schöffel MdL, vertreten. So konnten sich die Teilnehmer ein umfassendes Bild über alle politischen Ebenen hinweg machen. Denn eins ohne das andere gibt's in der Landwirtschaft nicht. Für wunderbare Blicke und Ausblicke war wenig Zeit. Ich musste die Variante "vor Ort sein, aber "kurz und knackig" reden, wählen. Aber das Ambiente und der Service auf Kloster Banz sind einfach großartig



Neujahrsempfang der CSU Feucht

Mit meinem Kollegen aus dem EU-Parlament und EVP-Fraktionsvorsitzenden, Manfred Weber, konnte die CSU Feucht einen besonderen Ehrengast begrüßen. Ein Politiker, dem man vertraut! Glaubwürdig, sympathisch, kompetent ... und manchmal auch diplomatisch.

Manfred hat in seinem Vortrag, hochspannende Einsichten und wichtige Zusammenhänge über die aktuelle Lage Europas geliefert. Neben dem Ukraine-

krieg und der europäischen Außenpolitik, ging es auch um die Zukunft unserer Wirtschaft, christliche Werte und nicht zuletzt um unser schönes Bayern.



Im Gespräch mit Gerlinde Mathes, unsere Bezirkstagskandidatin für Nürnberg Ost

Herzensangelegenheiten

10. Februar: Tag der Kinderhospizarbeit

Es ist das Schrecklichste überhaupt, was einem als Eltern passieren kann: Die Diagnose über eine unheilbare Krankheit beim eigenen Kind. Der jährliche Aktionstag soll aufmerksam machen und die Kinderhospizarbeit stärken. Die Unterstützung durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Hospizvereinen ist in dieser Situation für die Familien von unschätzbarem Wert. Viele von ihnen arbeiten rein ehrenamtlich - auch in Mittelfranken. Dafür meinen großen Dank und Respekt!“

Die komplette Meldung zum Aktionstag können Sie [hier](#) nachlesen.

Lesenswert

Wahlanalyse Abgeordnetenhaus Berlin

Am 12. Februar 2023 haben die Berlinerinnen und Berliner ihr neues Abgeordnetenhaus gewählt. Lesen Sie die ausführliche [Wahlanalyse](#) der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Die Brüsseler Notizen der Hanns-Seidel-Stiftung

Lesen Sie die neueste Ausgabe der "[Brüsseler Notizen](#)" mit Beiträgen zur aktuellen Außen- und Entwicklungspolitik. Herausgegeben von der Hanns-Seidel-Stiftung.

Kontakt:

Büro Marlene Mortler, MdEP
Brüder Allee 1 | 91207 Lauf a.d.Pegnitz

Tel.: +49 9123 999 00 51
mittelfranken@marlenemortler.eu

www.marlenemortler.eu

Folgen Sie mir auch auf Instagram: [@marlene.mortler.csu](https://www.instagram.com/marlene.mortler.csu)

Redaktion: Daniela Seifart

Für diesen Newsletter gelten [Datenschutzbestimmungen](#).

Wenn Sie diese E-Mail nicht mehr erhalten möchten, teilen Sie uns dies bitte per E-Mail an mittelfranken@marlenemortler.eu mit.